

Mindestlohn: Einzelhandel fürchtet Ladensterben in Ostdeutschland

Berlin, 06.03.2014, 05:00 Uhr

GDN - Der deutsche Einzelhandel fürchtet nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro ein Ladensterben in Ostdeutschland. Für mittelständische, zumeist familiengeführte Einzelhändler in strukturschwachen Gebieten stelle der gesetzliche Mindestlohn ein "besonders hohes Risiko" dar, warnt der Handelsverband Deutschland (HDE) in seiner Stellungnahme für den "Branchendialog" des Bundesarbeitsministeriums zum Mindestlohn, berichtet die "Welt".

Es sei zu befürchten, dass der Mindestlohn im Bereich der zahlenmäßig weit überwiegenden Gruppe der Kleinunternehmen zu einem Ladensterben führen werde. Dies werde auch negative Folgen für die Nahversorgung und den Arbeitsmarkt in diesen Regionen haben. Besonders betroffen sei der Osten Deutschlands. Der Anteil der Personalkosten am Gesamtumsatz sei im Einzelhandel hoch und liege bei 20 Prozent. "Verlierer des gesetzlichen Mindestlohns sind besonders die Unternehmen und Regionen, die eigentlich auf die volle Unterstützung der Politik angewiesen sind", sagte Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des HDE. "Kleinere Betriebe werden wohl aufhören", klagt auch der Arbeitgeberverband der Landwirtschaft GLFA. "Wenn der Lebensmittelhandel nicht die kostengerechte Bezahlung der Produkte übernimmt, dann wird Produktion aus Deutschland abwandern", sagte GLFA-Geschäftsführer Burkhard Möller der "Welt". "Nach unseren bisherigen Erfahrungen mit den großen Discontern bin ich skeptisch." Ein besonderes Problem mit dem Mindestlohn haben die Taxiunternehmen: "Jeder Handwerker kann die durch den Mindestlohn entstehenden Mehrkosten auf seine Preise aufschlagen, die Taxi-Unternehmer aber nicht", sagte der Präsident des Deutschen Taxi und Mietwagenverbandes BZP, Michael Müller, der Zeitung. Die Tarife für Beförderungsleistungen werden von den Kommunen festgelegt, Anpassungen dauern bis zu zwei Jahre. Daher plädieren die Taxiunternehmen für einen gesetzlichen Stichtag, an dem die mehr als 800 kommunalen Gremien der Preisanpassung zugestimmt haben müssen - oder aber für eine zweijährige Übergangsfrist. Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hatte betroffenen Branchen angeboten, ihre Probleme mit der Umsetzung des Mindestlohns zu schildern. Die Frist für die Stellungnahmen zu diesem Branchendialog läuft am Freitag aus.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-31125/mindestlohn-einzelhandel-fuerchtet-ladensterben-in-ostdeutschland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619